

22.475 Parlamentarische Initiative

Kein Gendern an den Hochschulen und Forschungsanstalten des Bundes

Eingereicht von: Schläpfer Therese
Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Schweizerische Volkspartei



Einreichungsdatum: 29.09.2022
Eingereicht im: Nationalrat
Stand der Beratung: Im Rat noch nicht behandelt

Eingereichter Text

Der Bundesversammlung ist eine gesetzliche Regelung zu unterbreiten, welche es den vom Bund geführten Technischen Hochschulen ETHZ und ETHL und den Forschungsanstalten verbietet, eine neue "Gendersprache" einzuführen.

Die vom Bund geführten Hochschulen sind dazu da, Wissen zu vermitteln und Forschung zu betreiben. Eine neue "Gendersprache" einzuführen gehört nicht zu den Aufgaben vom Bund geführten Technischen Hochschulen ETHZ, ETHL und den Forschungsanstalten.

Begründung

Das generische Maskulin ist eine Eigenheit der deutschen Sprache. Jeder versteht es. Genau gleich wie das generische Feminin, welches in Deutsch für die Mehrzahl verwendet wird, z.B. die Männer. Niemand hat sich je über das generische Feminin beklagt. Es geht also gar nicht um gendergerechte Sprache, sondern offensichtlich um das Durchdrücken einer einseitigen Gleichstellungsmanie, also letztendlich um Politik. Deshalb sollten wir uns als Gesetzgeber einmischen.

Der ETH/EPFL-Hauptzweck gemäss ETH-Gesetz ist: 'Studierende und Fachkräfte auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet ausbilden und die permanente Weiterbildung sichern'. Mit der Anwendung des Standardhochdeutsch wird eine Wissensvermittlung sichergestellt. Eine 'Gendersprache' verwirrt die Studentinnen und Studenten und lenkt von der eigentlichen Aufgabe ab.

Ebenfalls darf bezweifelt werden, ob das Gendern zur 'Ausbildung auf wissenschaftlichem und technischem Gebiet' gehört. Zusätzlich behindert es den Austausch mit anderen deutschsprachigen Hochschulen, denn es darf davon ausgegangen werden, dass nicht alle ausländischen Hochschulen dieselben Sprachvorschriften haben wie die Schweiz.

Die vom Bund bezahlten Technischen Hochschulen sollen sich auf ihre technischen Studienfächer konzentrieren und nicht ihre Studenten mit immer neuen Gendervorschriften bevormunden oder künftig gar mit Notenabzüge wegen 'falschem' Gendern vom eigentlichen Sinn und Zweck der Hochschulen abhalten. Damit würden sie das Studium unnötig erschweren,

Dazu kommt, dass Studenten künftig 'alte' Texte immer weniger verstehen werden, was dem technischen Fortschritt nicht hilft. Denn es ist wichtig, dass man auch aus älteren Arbeiten Wissen schöpfen kann.

Des Weiteren werden unnötige Diskussionen vermieden, welche besser für die Forschung und den Fortschritt verwendet werden. Das Beispiel einer Diskussion um dieses Thema an der ZHAW zeigt dies auf: Da wurde 'marode' für 'altersschwach' vorgeschlagen – und nun wird episch darüber diskutiert, ob das korrekt sei. Solche Diskussionen gehören nicht an eine technische Hochschule.

Ändern sich gesellschaftliche Verhältnisse, schlägt sich das in der Sprache nieder. Sprachdebatten sind also immer auch politische Debatten. Es geht immer auch um kulturelle Dominanz und Macht. Deshalb gehört Gendern nicht an eine Hochschule – weil die Lehre möglichst unpolitisch sein soll.



Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur NR (WBK-NR)

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR (WBK-SR)

Zuständige Behörde

Parlament (Parl)

Weitere Informationen

Behandlungskategorie

IV

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (26)

Aeschi Thomas, Bircher Martina, Dettling Marcel, Egger Mike, Estermann Yvette, Friedli Esther, Geissbühler Andrea, Martina, Graber Michael, Grüter Franz, Gutjahr Diana, Heer Alfred, Herzog Verena, Imark Christian, Matter Thomas, Portmann Hans-Peter, Ritter Markus, Rutz Gregor, Rösti Albert, Rüegger Monika, Schneeberger Daniela, Steinemann Barbara, Tuena Mauro, Walliser Bruno, Wobmann Walter, Zuberbühler David, von Falkenstein Patricia

Links

